

**Zuschusserhöhung für Migrationsdienste
im Bereich „Förderung freier Träger“
des Amtes für Wohnen und Migration**

- **Sozialabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern**
- **Migrationsdienst im Internationalen Beratungszentrum, BRK KV München**
- **Sozialdienst für Migranten, Caritasverband der Erzdiözese München und Freising**
- **Migrationssozialarbeit Schwerpunkt Obergiesing der Inneren Mission München**

Produkt 60 6.2.1 Integrationshilfen nach Zuwanderung

Stadtratsziel: Wachstum und Zuzug sozial gerecht
bewältigen und Teilhabe ermöglichen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01143

Beschluss des Sozialausschusses vom 09.10.2014 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Integrationsprozesse von Migrantinnen und Migranten finden in der Stadtgesellschaft statt, die Landeshauptstadt München sieht Integration deshalb als kommunale Aufgabe an. Integrationspolitik und interkulturelle Öffnung in München erzielen nicht nur bundesweit hohe Anerkennung, sondern werden auch von der Bevölkerung anerkannt.

Damit das Ziel der Teilhabegerechtigkeit weiterhin erreicht wird, wird die Ausstattung der Migrationsdienste dem Bevölkerungszuwachs angepasst. Durch die vorgeschlagenen Finanzierungen von insgesamt 78.000 € (dauerhaft) wird der Ausbau der Migrationssozialdienste bedarfsgerecht fortgesetzt. Mit dieser Beschlussvorlage wird diesem Bereich Rechnung getragen und als Ergebnis weitere Finanzbedarfe von laufenden/neuen Einrichtungen/Projekten im Produkt 60 6.2.1 Integrationshilfen nach Zuwanderung vorgeschlagen.

Eine Anmeldung der Bedarfe ist in der Ziele- und Ressourcenklausur des Sozialreferats erfolgt. Die beschriebenen Maßnahmen leisten aus Sicht des Sozialreferats einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten und für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

1. Ausgangslage

Der überwiegende Anteil des Bevölkerungszuwachses in München ist auf den Zuzug von Menschen aus anderen Regionen und Ländern zurückzuführen. Seit 2010 ziehen jährlich mehr als 20.000 Menschen aus dem Ausland nach München, ca. 39 % der Münchnerinnen und Münchner haben Migrationshintergrund.

Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung und Bürgerinnen und Bürger aus EU-Mitgliedsstaaten benötigen Anlaufstellen für ihre Frage- und Problemstellungen, damit die Teilhabe- und Chancengerechtigkeit erhöht wird. Im Interkulturellen Integrationsbericht 2013 werden in allen 6 Handlungsfeldern nach wie vor große Handlungsbedarfe aufgezeigt. Die Träger der Migrationssozialdienste in München halten stadtweit ein vielfältiges und ausdifferenziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot vor, welches dem Bedarf aufgrund des Bevölkerungszuwachses kontinuierlich angepasst werden muss.

Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendsozialarbeit unterstützen mit ihren Angeboten Einwanderinnen und Einwanderer in München. Unter der Bezeichnung Migrationsdienst sind die Leistungen von unterschiedlichen freien Trägern zusammengefasst, die sich in Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), Jugendmigrationsdienste (JMD) und Migrationssozialdienste (MSD) untergliedern.

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert und hält ein auf drei Jahre befristetes Grundberatungsangebot vor. Beraten werden vor allem Neuzugewanderte und Teilnehmende an Integrationskursen.

Die Jugendmigrationsdienste richten sich an junge Menschen mit Migrationshintergrund von 12-27 Jahren, die wegen integrationsbedingter Probleme der besonderen individuellen Förderung bedürfen. Die Jugendmigrationsdienste sind Teil der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Landeshauptstadt München fördert darüber hinaus unter dem Aspekt der „nachholenden Integration“ Migrationssozialdienste/Projekte der Träger der freien Wohlfahrtspflege, die nicht aus Bundes- und/oder Landesmitteln finanziert werden. Die Ziele der Maßnahmen und deren Verwirklichung erachtet die Kommune für notwendig im Sinn des Interkulturellen Integrationskonzepts, beispielsweise die verstärkte Kooperation mit den Regeldiensten (Sozialbürgerhäuser) oder den Aufbau und die Begleitung von Bürgerschaftlichem Engagement.

2. Projekte mit zusätzlichem, dringendem Zuschussbedarf

2.1 Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern KdöR

Sozialabteilung

Die Sozialabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG) betreut sowohl hilfesuchende Gemeindemitglieder und deren (auch nichtjüdische) Familienangehörige, ein Schwerpunkt der Arbeit liegt bei den russischsprachigen Zuwanderinnen und Zuwanderern (Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler).

Die IKG erfüllt damit eine wichtige Aufgabe als Migrationssozialdienst.

Die IKG beteiligt sich an den Kosten der Sozialabteilung seit Jahren mit steigenden Eigenmitteln, um die Bedarfe der Hilfesuchenden zu decken: aktuell mit 51 %; die Zuwendung der Landeshauptstadt München liegt bei einer Höhe von 26 %. Der Träger engagiert sich mit großer Angebotsvielfalt und bindet dabei auch viele bürgerschaftlich Engagierte ein.

	2010	2013	Zuwachs in %
Anzahl der ehrenamtlich Tätigen	150	170	13%
Geleistete Stunden	10.000	12.000	20%

Die ehrenamtlich Tätigen werden von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialdienstes angeleitet, fachlich unterstützt und koordiniert. Dies bindet dort zeitliche Ressourcen, eröffnet aber gleichzeitig vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung für den besonders schutzbedürftigen Personenkreis, der durch den Migrationssozialdienst der IKG betreut wird. 2013 wurden 2.401 Personen mit 7.494 Beratungs- und Betreuungsleistungen versorgt, 51 % dieser Leistungen in Form von Langzeitbetreuungen. 2012 waren nur 20 % Langzeitbetreuungen nötig. Dies hängt damit zusammen, dass 78 % der beratenen Personen älter als 65 Jahre und in hohem Maß von psychosozialen Notlagen, chronischer Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit betroffen sind. Altersarmut und damit verbunden der Bereich der Sicherung des Wohnraums aufgrund fehlender Rentenanwartschaften in Deutschland nimmt zusätzlich einen großen Bereich der Beratung und Unterstützung beim selben Personenkreis ein. Trotz des bemerkenswerten hohen Einsatzes der ehrenamtlich Engagierten kommt es deshalb mittlerweile zu Wartezeiten auf Beratungstermine in der Sozialabteilung.

Deshalb werden zusätzliche Mittel insbesondere für nachgehende Soziale Arbeit mit sozial und psychisch auffälligen Menschen benötigt sowie für ein ehrenamtliches Familienpatenprojekt, welches isolierte Familien begleitet und unterstützt bei der Integration in die Stadtgesellschaft.

Der höhere Mittelbedarf ist aus Sicht des Sozialreferats/Amt für Wohnen und Migration anzuerkennen.

Das Sozialreferat schlägt vor, den Zuschuss ab 2015 dauerhaft um 18.000 € zu erhöhen. Der Haushaltsansatz beträgt dann 340.325 €.

**2.2 Bayerisches Rotes Kreuz (BRK) Kreisverband München
Migrationsdienst im Internationalen Beratungszentrum**

Der Migrationsdienst arbeitet seit Jahren defizitär. Das Defizit liegt derzeit bei 42.164 € und wurde bisher über Eigenmittel des Trägers aufgefangen. Das BRK KV München führt an, dass der Einsatz von Eigenmitteln durch verminderte Spendenbereitschaft und gesunkene Einnahmen deutlich geringer möglich ist als bisher.

Die von der Landeshauptstadt München geförderte Informations- und Beratungsstelle (2 Personalstellen) weist genauso wie die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) bereits jetzt schon um 50 % gestiegene Beratungszahlen im Gegensatz zum Vorjahr auf – auch durch die EU-Zuwanderung – und zunehmend komplexere Problemlagen, z.B. im Aufenthaltsrecht.

	2013		2014 (nach bisheriger Entwicklung zu erwarten)	
	Anzahl Beratungen	Anzahl Personen	Anzahl Beratungen	Anzahl Personen
Informationsstelle	3.828	2.674	6.800	4.800
Beratungsstelle	1.015	715	1.800	1.280

Darüber hinaus berät das BRK muttersprachlich im Übergangwohnheim Hinterbärenbadstraße 50 „afghanische Ortskräfte“ und deren Familien. Es werden noch ca. 70 Familien in München in den nächsten Monaten erwartet. Diese „Ortskräfte“ waren afghanische Hilfskräfte (Dolmetscher, Fahrer usw.) der Bundeswehr vor dem Rückzug aus Afghanistan. Bei Verbleib in Afghanistan sind sie an Leib und Leben gefährdet und werden deshalb in Deutschland aufgenommen.

Das BRK KV München besitzt gerade im Bereich der aufenthaltsrechtlichen Anerkennung Expertenwissen, welches für alle Migrationssozialdienste nutzbar ist. Der Träger nimmt sich darüber hinaus der bedarfsnahen Gestaltung von Kursangeboten für Migrantinnen und Migranten an, wie z.B. aktuell im Bereich Antragstellung bei Behörden („Formulare verstehen und ausfüllen“).

Der höhere Mittelbedarf ist aus Sicht des Sozialreferats/Amt für Wohnen und Migration anzuerkennen.

Das Sozialreferat schlägt vor, den Zuschuss ab 2015 dauerhaft um 16.000 € zu erhöhen. Der Haushaltsansatz beträgt dann 124.267 €.

2.3 Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. Sozialdienst für Migranten im Caritas-Zentrum München-Ost

Am 05.03.2013 legte das Sozialreferat dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss und dem Sozialausschuss in einer gemeinsamen Sitzung die Beschlussvorlage „Vorbeugen statt nachsteuern - sozialpolitische Erkenntnisse aus dem Projekt Messestadt klar benennen und Konsequenzen für weitere Großsiedlungsprojekte wie z.B. Freiham ziehen“ und „Freiraum für heranwachsende Kinder und Jugendliche in Riem schaffen“ vor (SV-Nr. 08-14 V 10756).

Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration erhielt vom Stadtrat aufgrund der Erkenntnisse über die Situation in der Messestadt Riem nachfolgenden Handlungsauftrag: „Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt zu überprüfen, ob das Angebot im Bereich der Migrationsdienste angepasst werden muss. (...)“

Die Prüfung ergab, dass die zuständige Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) Caritas-Zentrum München-Ost mit einer Außensprechstelle in der Messestadt vollständig ausgelastet ist und weitergehende, ungedeckte Bedarfe in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund benennt, die auch aus der Unterversorgung von MBE-Personalstellen (Fachpersonal) resultieren.

Grundsätzlich gibt es aber eine Fülle von Aufgaben und Bedarfen, die Menschen mit bürgerschaftlichem Engagement übernehmen und abdecken können. Aus der Zusammenarbeit mit der Sozialplanung des Sozialreferats und dem zuständigen Sozialbürgerhaus ist deutlich geworden, dass gerade alltagspraktisch unterstützende Angebote für Familien und Kinder in der Messestadt Riem unbedingt erforderlich sind, da in der Messestadt ein hoher Anteil von großen Flüchtlingsfamilien mit vielen Kindern lebt, die an Traumatisierungsfolgen leiden.

Die für Riem zuständige Migrationsberatung, das Caritas-Zentrum München-Ost, verfügt über einen Pool von Ehrenamtlichen, die geeignet wären, sich in der Messestadt in diesem Bereich zu engagieren; die Caritas verfügt auch über die nötige Sozialraumkenntnis und Vernetzung mit anderen Leistungserbringern. Für einen zielführenden Einsatz und die Begleitung von Ehrenamtlichen fehlt eine sozialpädagogische Personalressource für den Aufbau und die Leitung eines Ehrenamtlichen-Projekts, unter Einbeziehung der Migranten-Selbstorganisationen.

Die Leistungsbeschreibung der Caritas für das „Ehrenamtorientierte Casemanagement in der Migrationsarbeit für die Messestadt Riem“ umfasst Beratung, Gewinnung und Begleitung von Ehrenamtlichen, Ausbau der für den Nachbarstadtteil schon bestehenden Projekte „Schulnachhilfe zu Hause“ und „Fit für Behörden“ für die Messestadt Riem, Kooperation und Vernetzung, Angebot einer jährlichen Veranstaltung für die Fachbasis (Migrationssozialarbeit und Sozialbürgerhaus) in der Messestadt Riem mit dem Ziel Kooperationsoptimierung bei migrationsspezifischen Problemstellungen.

Konkrete Handlungsziele sind:

- für das Projekt „Schulnachhilfe zu Hause“ den bestehenden Pool von Ehrenamtlichen von 7 auf 20 Personen zu erweitern. Diese Ehrenamtlichen werden jeweils ein Kind über ein Jahr einmal wöchentlich treffen und intensiv begleiten
- zusätzliche Akquise von weiteren 30 Ehrenamtlichen, die sich bei unregelmäßigen Einzelmaßnahmen in der Messestadt engagieren
- im Projekt „Fit für Behörden“ 50-60 Personen/Familien zu begleiten; erfahrungsgemäß hat ein Drittel der Haushalte ein dauerhaftes Problem, d.h. ca. 20 Haushalte werden in individuellen Einzelmaßnahmen durch Ehrenamtliche intensiver begleitet
- Beratung durch die Fachkraft von jährlich ca. 50 Familien, die sich in Multiproblemlagen befinden, mit dem Auftrag der nachholenden Integration.

Kosten- und Finanzierungsplan des Trägers

Kostenplan „Ehrenamtorientiertes Casemanagement Migrationsarbeit Riem“	
Fachpersonal (Soz.päd., SuED S 11, ½ -Stelle)	26.120 €
Sachkosten (Raumkosten Messestadt , Verwaltungs-, Maßnahme-, Personalnebenkosten)	7.755 €
Zentrale Verwaltungskosten	1.694 €
Gesamtkosten	35.569 €
Finanzierungsplan	
Eigenmittel	4.569 €
Zuschuss Amt für Wohnen und Migration	31.000 €
Gesamtfinanzierung	35.569 €

Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration sieht den Bedarf als gegeben.

Das Sozialreferat schlägt vor, den Zuschuss ab 2015 dauerhaft um 31.000 € zu erhöhen.

Der Haushaltsansatz für den Sozialdienst für Migranten beträgt dann 131.806 €.

2.4 Innere Mission München, Diakonie in München und Oberbayern e.V. Verstetigung des Projekts „Aktiv an Schulen – die Giesinger Elternlotsen“

bei Migrationssozialarbeit Schwerpunkt Obergiesing

Im Projektzeitraum September 2012 – Juli 2014 gelang es an vier Giesinger Schulen, wöchentlich stattfindende Elterncafés als niederschwellige Anlaufstelle für bildungsferne, schwer erreichbare Eltern mit Migrationshintergrund einzurichten. Der Migrationsdienst der Inneren Mission in Obergiesing koordinierte und betreute die Elternlotsinnen (ebenfalls mit Migrationshintergrund), unterstützte die Schulen beim Aufbau einer Kontakt- und Kooperationsstruktur mit den Lotsinnen und den betroffenen Eltern. Zudem begleitete der Migrationsdienst durch das Projekt die teilnehmenden Schulen im Sinn der interkulturellen Öffnung.

Die Startphase des Projekts wurde über 7 Monate evaluiert, die Ergebnisse konnten nahezu unverändert bis heute gehalten und ausgebaut werden.

Evaluationsphase Oktober 2012 – April 2013 (4-5 Elternlotsen auf Minijobbasis führten insgesamt 643 Maßnahmen durch)			
Elterncafés an 4 Schulen (1x wöchentlich 2 Std.)	Anzahl der Besucherinnen und Besucher	Durchgeführte Elterngespräche	Durchgeführte Gespräche mit Schulleitungen und Lehrkräften
67	473	79	24

Darüber hinaus konnten 5 Familien mit psychosozialen Problemlagen durch die Elternlotsen in einen stabilen Beratungskontakt mit dem Migrationssozialdienst gebracht werden.

Die bisher benötigten Finanzmittel für den zweijährigen Projektzeitraum kamen aus dem Verfügungsfonds Soziale Stadt und einem Zuschuss des Sozialreferats, Amt für Wohnen und Migration.

Da die Mittel des Verfügungsfonds Soziale Stadt wegfallen und das Projekt aufgrund der sehr guten Akzeptanz bei Schulen und Eltern verstetigt werden soll, schlägt das Sozialreferat in enger Abstimmung mit der im Sozialreferat für Soziale-Stadt-Gebiete zuständigen Sozialplanung vor, die dafür notwendige Förderung von 13.000 € ab 2015 als dauerhafte Erhöhung des Haushaltsansatzes der „Migrationssozialarbeit Schwerpunkt Obergiesing“ der Inneren Mission zuzuschlagen. Der Träger übernimmt die Projektleistung damit in sein vom Sozialreferat gefördertes Leistungsspektrum.

Kosten- und Finanzierungsplan des Trägers

Kostenplan Verstetigung „Aktiv an Schulen“	
Fachpersonal (Soz.päd., 3 Wochenstd., SuED 11)	4.019 €
Verwaltungskraft (1 Wochenstd.)*	1.232 €
Sonstige Personalkosten (Elternlotsinnen)	8.400 €
ZVK	683 €
Gesamtkosten	14.334 €
Finanzierungsplan	
Eigenmittel	1.334 €
Zuschuss Amt für Wohnen und Migration	13.000 €
Gesamtfinanzierung	14.334 €

* die Verwaltungskraft von „Migrationssozialarbeit Obergiesing“ erhält dadurch eine Stundenerhöhung.

Das Sozialreferat schlägt vor, den Haushaltsansatz ab 2015 um 13.000 € auf 93.596 € zu erhöhen.

3. Finanzierung, Produkt 60 6.2.1 Integrationshilfen nach Zuwanderung

Die Finanzierung erfolgt aus dem Finanzmittelbestand.

4. Kosten

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten *	78.000,-- ab 2015	,--	,--
davon:			
Personalauszahlungen	,--	,--	,--
Sachauszahlungen	,--	,--	,--
Transferauszahlungen	78.000,--	,--	,--
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch:	0		
neue Stellen Träger (VZÄ):	0,58 (0,5 CV + 0,08 IM)		
Nachrichtlich Investition	0		

Bei Ausweitungen im Bereich „freiwillige (Kann-)Leistungen“:

Im Interkulturellen Integrationsbericht 2013 sind die Zuwanderungsfolgen für München detailliert dargelegt, mit vielen positiven Effekten für die Stadtgesellschaft. Der Integrationsbericht zeigt, dass die Münchner Politik grundsätzlich die richtigen Maßnahmen getroffen hat, dennoch werden in allen Handlungsfeldern noch teils erhebliche Handlungsbedarfe benannt. Bei der Umsetzung des Ziels der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft in München leisten die Migrationssozialdienste für benachteiligte Migrantinnen und Migranten einen wesentlichen und dringend notwendigen Beitrag. Die Erhöhung des Migrantenanteils in der Stadtbevölkerung muss sich in der Ausstattung der Migrationssozialdienste widerspiegeln.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Stadtkämmerei nimmt zu der Beschlussvorlage Stellung wie folgt:

„Die Stadtkämmerei stimmt der oben genannten Beschlussvorlage nicht zu. Die Integrationshilfen nach Zuwanderung stellen grundsätzlich eine rein freiwillige Leistung der Landeshauptstadt München dar. In der Beschlussvorlage wird mehrfach von erheblichen ungedeckten Bedarfen bzw. erheblichen Handlungsbedarfen gesprochen. Allerdings wird dies nicht mit Fallzahl-, Nutzer-, Beratungsstundenentwicklungen oder Ähnlichem unterfüttert. Wir bitten daher die Beschlussvorlage in diesen Bereichen entsprechend zu ergänzen. Auch die Finanzierung neuer Projekte wird von der Stadtkämmerei nicht befürwortet. Die Landeshauptstadt München hat im sozialen Bereich auch künftig mit weiter stark steigenden Auszahlungen zu rechnen, so dass für die Ausweitung freiwilliger Aufgaben und den damit einhergehenden Finanzierungsbedarf kein Raum bleibt.“

Das Sozialreferat teilt ergänzend hierzu mit:

Das Sozialreferat sieht dennoch den Bedarf der dauerhaften Übernahme der dargestellten Kosten.

Die Beschlussvorlage wurde mit Zahlenmaterial ergänzt.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass der Zuzug aus dem Ausland bei jährlich ca. 20.000 Menschen liegt und weiter ansteigt, wie die aktuelle Entwicklung im Bereich der Flüchtlinge belegt. Alle Migrationssozialdienste beraten auch Menschen mit Fluchterfahrung. Die Ausstattung der Migrationssozialdienste muss dem Bedarf aufgrund des Bevölkerungszuwachses angepasst werden.

Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen handelt es sich um kostengünstige Konzepte, die schwerpunktmäßig den zielgerichteten und professionell begleiteten Einsatz von Ehrenamtlichen im Fokus haben. Durch diesen Einsatz können viel mehr hilfebedürftige Menschen mit niedrighschwelligem Angeboten versorgt werden, dem Fachpersonal bleibt eine

größere Zeitressource für die Beratung von Menschen, die darüber hinausgehende Problemlagen aufweisen.

Beim Finanzierungsvorschlag des neuen Projekts „Ehrenamtsorientiertes Casemanagement in der Migrationsarbeit für die Messestadt Riem“ handelt es sich um das Ergebnis eines Handlungsauftrags des Stadtrats vom 05.03.2013, in dem das Sozialreferat mit der Prüfung beauftragt wurde, ob das Angebot im Bereich der Migrationsdienste angepasst werden muss.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Offman, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Der ergänzenden Förderung der unter Ziffer 2.1 bis 2.4 beschriebenen Projekte und deren Mehrbedarf wird zugestimmt. Damit erhöht sich das Volumen der Zuschussnehmerdatei ab 2015 dauerhaft um 78.000 Euro (Einzelmaßnahmen s. Antragspunkte 2 bis 5).
2. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2015 unter Berücksichtigung der Zuschusserhöhung von 18.000 Euro einen Gesamtzuschuss an die **Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern KdöR** in Höhe von max. 340.325 Euro für die Sozialabteilung auszureichen.
3. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2015 unter Berücksichtigung der Zuschusserhöhung von 16.000 Euro einen Gesamtzuschuss an das **Bayerische Rote Kreuz Kreisverband München** in Höhe von max. 124.267 Euro für den Migrationsdienst im Internationalen Beratungszentrum auszureichen.
4. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2015 unter Berücksichtigung der Zuschusserhöhung von 31.000 Euro einen Gesamtzuschuss an den **Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V.** in Höhe von max. 131.806 Euro für den Sozialdienst für Migranten (incl. Ehrenamtorientiertes Casemanagement Migrationsarbeit Riem) auszureichen.
5. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2015 unter Berücksichtigung der Zuschusserhöhung von 13.000 Euro einen Gesamtzuschuss an die **Innere Mission München, Diakonie in München und Oberbayern e.V** in Höhe von max. 93.596 Euro für Migrationssozialarbeit Schwerpunkt Obergiesing (incl. Aktiv an Schulen – die Giesinger Elternlotsen) auszureichen.

6. Das Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration wird beauftragt, ab 2015 die dauerhaft erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von 78.000 Euro auf dem Büroweg bzw. im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens budgeterhöhend anzumelden (Finanzposition 4707.700.0000.3). Das Produktkostenbudget bei Produkt 60 6.2.1, IA 603900114 erhöht sich dadurch um 78.000 Euro.
7. Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung im Rahmen des Finanzierungsmoratoriums.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an die Stadtkämmerei, HA II/11
an die Stadtkämmerei, HA II/12
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-MI**

An die Frauengleichstellungsstelle

An das Sozialreferat, S-Z-F (2x)

An das Sozialreferat, S-Z-SP

An das Sozialreferat, S-III-SW 2

An das Sozialreferat, S-III-LS/WIM

An das Sozialreferat, S-IV-LBS

z.K.

Am

I.A.